

Tierschutz: weniger Verstöße

**Statistik** Mehrere Hunde fressen Giftköder, jemand erschlägt zwei Schwäne. Auch nicht artgerechte Haltung bleibt ein Thema.

**Stuttgart.** Die Zahl der Verstöße gegen das Tierschutzgesetz sind laut Landeskriminalamt im vergangenen Jahr zurückgegangen. 808 Verstöße seien registriert worden und damit 41 weniger als 2023 – rund 4,8 Prozent. Allerdings lagen die Zahlen in den Jahren davor nochmals deutlich niedriger. In Dutzenden Fällen sei es dabei um das Auslegen von Giftködern oder Gift gegangen, sagte eine Sprecherin. Welche Tierarten davon vor allem betroffen waren, konnte sie nicht sagen.

Allerdings starb im Sommer ein Hund in Heidelberg, nachdem er in einen ausgelegten Giftköder gebissen hatte. Ende Juni waren laut örtlicher Polizei Köder aus gekochtem Fleisch mit Tackernadeln, kleinen Schrauben und weiß-bläulichen Kügelchen ausgelegt worden. Ein vierjähriger Hund sei gestorben, nachdem er davon gefressen hatte. Ein weiterer wurde demnach notoperiert.

Im April starb ein Hund in Östringen im Kreis Karlsruhe unter Würgen und Erbrechen. Ein Giftköder wurde als Ursache vermutet. Das Tier hatte beim Gasgehen eine unbekannte Substanz vom Boden gegessen, teilte die Polizei damals mit. Die Besitzerin entdeckte daraufhin etwas Fleischähnliches am Boden und im Maul des Tieres. Den Angaben nach starb der Hund kurz darauf.

Zwei Schwäne totgeschlagen

Wie das Landeskriminalamt mitteilte, führt auch im vergangenen Jahr die nicht artgerechte Haltung oder Zucht von Tieren immer wieder zum qualvollen Tod. Ebenso habe es Fälle gegeben, in denen Tierhalter ihre Tiere mittels Elektroimpulshalsbändern „erziehen“ wollten, wie die Sprecherin sagte. Es habe auch Fälle gegeben, in denen Menschen mit Luftgewehren auf Tauben geschossen hätten oder auf freilaufende Katzen, die durch Nachbars Garten streifen.

Ein außergewöhnlicher Fall hatte sich demnach im November ereignet, als zwei Schwäne in Oberesslingen (Kreis Esslingen) von Unbekannten erschlagen wurden. Wie die Wasserschutzpolizei damals mitteilte, wurden die beiden Tiere im Neckar gefunden. Beide hätten ähnliche Kopfverletzungen aufgewiesen, die mutmaßlich von einem gezielten Schlag mit einem stumpfen Gegenstand stammten und tödlich gewesen seien.

dpa



FOTO: FLORIAN SCHUH/DPA/ARCHIV

Immer wieder sterben Hunde an Giftködern.



Weil er beim Schwarzfahren ertappt wurde, musste Benjamin Hipp aus Stuttgart auch schon vor Gericht.

Foto: Leon Scheffold

Schon wieder erwisch

**Schwarzfahren** Benjamin Hipp aus Stuttgart fuhr immer wieder ohne Ticket mit Bus und Bahn. Ins Gefängnis musste er deshalb nie – andere aber schon. Von Leon Scheffold

Wenn Benjamin Hipp in die Bahn steigt, schaut er nach links, dann nach rechts. Er vergewissert sich, dass kein Kontrollleur im Wagon wartet. Der Vorgang wirkt einstudiert, der 43-Jährige ist schon oft ohne Ticket gefahren. Das führte immer wieder zu Problemen: Mehr als 100-mal wurde er nach eigenen Angaben beim „Schwarzfahren“ ertappt, immer wieder bezahlte er Strafen. Suchtprobleme und eine psychische Erkrankung ließen ihn andere Prioritäten setzen, „das Geld für das Ticket war mir oft einfach zu viel“, sagt der Stuttgarter. Und als sich die Briefe der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) und des Staates türmten, die Gerichtsvollzieher nahmen, was sie konnten, „kam auch Frust dazu“, erzählt Hipp. Irgendwann war ihm einfach egal, ob er ein Ticket hatte oder nicht.

Wer beim Schwarzfahren erwisch wird, muss normalerweise 60 Euro zahlen. Allerdings wurde für das „Erschleichen von Leistungen“ im Jahr 1935 der Paragraf 265a im Strafgesetzbuch eingeführt. Anders als beispielsweise Falschparken ist Schwarzfahren eine Straftat, Wiederholungstäter müssen vielerorts mit einer Anzeige rechnen. Wegen des Gesetzes, das damals von den Nationalsozialisten eingeführt wurde, sitzen heute bundesweit tausende Menschen im Gefängnis – weil sie ohne Ticket mit Bus und Bahn gefahren sind, und eine Geldstrafe nicht zahlen wollten oder konnten.

Benjamin Hipp saß wegen Schwarzfahrens nie im Knast, aber mehrfach vor Gericht. „Teil-

weise musste ich zur Verhandlung wegen Schwarzfahrens schwarzfahren“, sagt er schmunzelnd. Sein letzter Prozess war vor einigen Monaten, nachdem er erneut dreimal beim Fahren ohne Fahrschein erwisch worden war. Das Gericht verurteilte ihn zu 900 Euro Strafe. Hipp konnte die Summe nicht zahlen, nach eigenen Angaben musste er deshalb 250 Sozialstunden leisten.

Andere Schwarzfahrer haben weniger Glück. Die Initiative Freiheitsfonds des Berliner Vereins „Offene Tore“ hat sich auf die Fahne geschrieben, diesen Menschen zu helfen. Seit Dezember 2021 organisiert sie bundesweite Gefangenenfreikäufe, um auf das Thema aufmerksam machen – und so viele Menschen wie möglich, die wegen des Fahrens ohne Fahrschein in Haft sitzen, aus dem Gefängnis zu holen.

Viele Härtefälle

Elf dieser Freedom-Days gab es schon, weitere sollen folgen. Denn noch immer sitzen mehr Menschen in Haft, als vom Freiheitsfonds freigekauft werden könnten, sagt Leo Ihßen, der die Aktionen der Initiative koordiniert: „Hier geht es um ein minimales Vergehen. Es wird aber die maximale Härte angewendet“. Völlig überzogen, findet Ihßen, und möchte mit seiner Arbeit deshalb aufzeigen, „wo das Recht auch einfach ungerecht ist“.

Diejenigen, die wegen Schwarzfahrens im Gefängnis landen, sind häufig arbeitslos, ohne festen Wohnsitz, suizidgefährdet. Die Haft erleben viele als Schock, sie sei „oft der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt“, sagt Ih-

ßen, der immer wieder mit Härtefällen konfrontiert ist.

Mehrfach schon wurde über eine Gesetzesänderung verhandelt, die Ampel-Regierung um den ehemaligen Bundesjustizminister Marco Buschmann wollte Schwarzfahren zur Ordnungswidrigkeit erklären. Doch dazu kam

„Teilweise musste ich zur Verhandlung wegen Schwarzfahrens schwarzfahren.“

Benjamin Hipp  
Langjähriger Schwarzfahrer

es nie. Dabei hätte eine Gesetzesänderung nicht nur Vorteile für Schwarzfahrer, „sie würde auch Steuergelder sparen“, sagt Ihßen, der auf die teuren Haftkosten für den Staat verweist. Er findet, dass der Paragraf abgeschafft gehört.

Die baden-württembergische Justizministerin Marion Gentges sieht das anders: Laut der CDU-Politikerin verursacht Schwarzfahren im Südwesten jährlich einen geschätzten Schaden in drei-

55

**Menschen** sitzen aktuell wegen des Erschleichens von Leistungen in baden-württembergischen Gefängnissen. Das teilte das Justizministerium auf Nachfrage mit.

stelliger Millionenhöhe. Der Straftatbestand könne abschreckend wirken, „eine Herabstufung zur Ordnungswidrigkeit würde auch nicht zur Vermeidung von Hafttagen führen“, sagt Gentges. Denn wer ein Bußgeld nicht bezahlt, könne auch im Zuge einer Ordnungswidrigkeit in Haft müssen – aus der Ersatzfreiheitsstrafe würde dann eine sogenannte Erzwingungshaft.

Es gibt bereits deutsche Kommunen, die das Schwarzfahren ganz oder teilweise entkriminalisieren. In Stuttgart aber hält die SSB an den Strafanzeigen gegen Schwarzfahrer fest. Das Unternehmen gibt an, dass im Jahr 2023 rund zwei Prozent aller Fahrgäste ohne Ticket angetroffen wurden. Die Einnahmeverluste durch Fahren ohne Fahrschein beliefen sich auf über zehn Millionen Euro, keinen gültigen Fahrschein zu besitzen sei ungerecht gegenüber denjenigen, die ihre in Anspruch genommene Fahrt zahlen und somit „ihren Beitrag zur Finanzierung des Angebots leisten“. Laut dem Verkehrsbetrieb ist die ÖPNV-Nutzung durch das Deutschlandticket und das Sozialticket der SSB derzeit so günstig wie noch nie.

Benjamin Hipp ist berechtigt, das Sozialticket zu nutzen. Er bekommt monatlich 561 Euro Bürgergeld, davon werden 30 Euro Energiepauschale abgezogen. Weitere 29 Euro für den öffentlichen Nahverkehr bezahlen zu müssen, ist ihm zu viel. Doch der 43-Jährige will auch vermeiden, dass er weitere Strafen zahlen muss. Dafür hat er einen Weg gefunden: „Ich laufe mittlerweile lieber“, sagt Hipp. „Das hält fit.“

Auch im Südwesten wird spioniert

**Verteidigung** Der Chef des Landeskommandos spricht von „hybriden Attacken“. Es werden wohl auch Drohnen genutzt.

**Stuttgart.** Deutschland ist nach Einschätzung des Chefs des Landeskommandos Baden-Württemberg regelmäßig Ziel hybrider Attacken aus Russland. „Wir beobachten es jeden Tag“, sagte der Kapitän zur See Michael Giss der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart. Es gehe um Cyberangriffe auf die Verwaltung, auf Firmen oder die Deutsche Bahn, die sich in vielen Fällen Richtung Russland zurückverfolgen ließen. Die hybriden Attacken betreffen nach Einschätzung des Kommandeurs aber nicht nur zivile Strukturen. „Was wir zunehmend feststellen, sind Ausspähversuche, unerlaubte Drohnenflüge über Kasernen, auch über Truppenübungsplätzen, wo ukrainische Kameraden ausgebildet werden“, sagte der Kapitän zur See, der das Landeskommando seit einigen Monaten führt.

„Wir wissen auch, dass es im Land Menschen gibt, die unter uns leben, die sehr aufmerksam Dinge beobachten, sei es Infrastruktur, sei es Bundeswehrkasernen.“ Ihre Erkenntnisse meldeten sie nach Russland weiter, sagte Giss. „Experten nennen solche Leute Wegwerfagenten.“ Konkrete Zahlen zu Ausspähversuchen im Südwesten nennt das Innenministerium auf Nachfrage nicht. Den Sicherheitsbehörden lägen aber Hinweise über Drohnensichtungen auch im Bereich militärischer Einrichtungen vor, teilte ein Sprecher mit. Die Hinweise ließen sich im Nachhinein aber regelmäßig nur schwer verifizieren.

dpa

Sprengung in Stuttgart

**Evakuierung** Nahe des Fernsehturms wird ein Blindgänger entdeckt.

**Stuttgart.** Der Kampfmittelräumdienst des Regierungspräsidiums Stuttgart hat am Sonntagnachmittag auf der Waldau nahe dem Fernsehturm eine Weltkriegsbombe vernichtet. Die Sprengung erfolgte um 15.36 Uhr. Zuvor waren umfangreiche Vorarbeiten durch den Kampfmittelräumdienst notwendig, die durch Feuerwehr und Polizei Stuttgart unterstützt wurden.

Ein sicheres Entschärfen der Bombe sei nicht möglich, hatte die Feuerwehr zuvor mitgeteilt. Die Bevölkerung wurde unter anderem über Lautsprecherüber die Lage informiert. Für die Entschärfung war das Sport- und Naherholungsgebiet Waldau gesperrt worden. Auch eine Flüchtlingsunterkunft musste evakuiert werden. Der Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg war vom Kampfmittelräumdienst bei Sondierungsarbeiten in einem Waldgebiet entdeckt worden.

dpa

FAHR MAL HIN

**Wer die biblische** Passions- und Ostergeschichte für sich entdecken will, hat in den kommenden Tagen in Baden-Württemberg viele Möglichkeiten, Osterwege und Ostergärten verschiedener Kirchengemeinden zu besuchen. Der größte Ostergarten Deutschlands befindet sich in Stuttgart, hier kann man bei einer einstündigen Tour in biblische Zeiten eintauchen. Weitere Ostergärten gibt es unter anderem in Mannheim, Ludwigsburg, Schwäbisch Hall und Bietigheim. Zu einem Osterweg laden etwa die Evangelische Kirchengemeinde Grafenberg, sowie Holzefingen und Ohnastetten (Landkreis Reutlingen) und Gomaringen (Landkreis Tübingen) ein.

epd

Baustoffhersteller Gebäude mit Farbe beschmiert

**Leimen.** Ein Aktivist hat in Leimen (Rhein-Neckar-Kreis) das Gebäude eines Baustoffunternehmens mit grüner Farbe beschmiert. Dazu nutzte er einen Feuerlöscher, wie die Polizei berichtete. Der 26-Jährige wurde vorläufig festgenommen und später wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Zeuge hatte die Beamten alarmiert. Offen blieb zunächst, wie hoch der Schaden war. Es werde wegen Sachbeschädigung ermittelt. Hinter der Tat stand offenbar die Kritik am CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Unternehmens.

dpa

Riesiger Borstenwurm wohnt heimlich im Museum

**Karlsruhe.** Immer wieder Fressschäden, immer wieder schleimartige Röhren am Korallenriff des Karlsruher Naturkundemuseums: Experten rätselten jahrelang und sind nun auf die Spur eines besonderen Riffbewohners gekommen. Am 1. April – kein Scherz – wurde ein etwa eineinhalb Meter langer Borstenwurm tot auf dem Grund des Korallenbeckens entdeckt. Das Tier muss dort etwa zehn Jahre lang unentdeckt gehaust haben. Vermutlich hatte es sich als Borstenwurm-Baby in lebendem Riffgestein versteckt, das aus Indonesien für das Museum eingeflogen worden war.

dpa



FOTO: MARCO BUSSE/MAIER/DPA

Johann Kirchhauser vom Museum hält den verstorbenen Wurm.

Kleinflugzeug Suchaktion nach Zeugenmeldung

**Winterbach.** Wegen eines möglicherweise abgestürzten Kleinflugzeugs hat es im Rems-Murr-Kreis am Samstag einen Sucheinsatz von Polizei und Feuerwehr gegeben. Wenig später gab es Entwarnung. Es gebe Hinweise, dass der Pilot das Flugzeug unter Kontrolle gebracht habe, teilte die Polizei mit. Weder ein eingesetzter Polizeihubschrauber noch eine Drohne der Feuerwehr stießen bei der Suche auf das Flugzeug. Ein Zeuge hatte zuvor den vermeintlichen Absturz beobachtet.

dpa